

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Abnahme mit Wilsdruff Nr. 6 und Zusage nachmittags 4 Uhr für den folgenden Tag. Tagespreis bei Abnahme monatlich 20, bei unregelmäßiger Abnahme in der Stadt monatlich 25, auf dem Lande 30, durch die Post bezogen monatlich 35 mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Postboten sowie unsere Vertreter und Geschäftsleute nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Tagespreises.



Abnahmepreis 20, für die 6 getragene Korrespondenz oder deren Raum, Restlosen, die 2 getragene Korrespondenz 25. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechende Preisnachlässe. Bestellungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 getragene Korrespondenz 30. Nachmittags-Beilage 50 Pfg. Anzeigenannahme bis zum 10. Uhr. Für die Möglichkeit der durch Fernruf übermittelten Bestellungen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Abbestellungsanspruch ist nur, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rechnung gestellt.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Räßig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 79

Sonntag den 2. April 1922.

81. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

### Hengstkörung.

Im Bezirke der Amtshauptmannschaft Meissen sind für das Jahr 1922 vom Körauschuß nachträglich noch je ein Hengst des Rittersgutspächters Wende in Hirschfeld und Trimler in Schleinig, des Gutsbesitzers Jensch in Jehren und Obpächters Berger in Deynig für öffentliche Zwecke gelöst worden.

Meissen, am 28. März 1922. VH 10c Die Amtshauptmannschaft. 2746

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben.

Die städtischen Kollegien haben beschlossen, die Preise für Lichtstrom auf 5.— M., für Kraftstrom auf 4.— M. für die Kilowattstunde mit Wirkung vom 1. März 1922 ab und den Preis für 1 Kubikmeter Wasser auf 1.50 M. vom 1. April 1922 ab zu erhöhen.

Wilsdruff, am 31. März 1922.

Der Stadtrat.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

- \* In einem Ministerrat beim Reichspräsidenten Ebert wurde bestimmt, daß außer dem Reichskanzler die Minister Rathenau und Hermes nach Genoa reisen sollen.
- \* Zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft wurde der Reichstagsabgeordnete vom Bayerischen Bauernbund Professor Fehr ernannt.
- \* Nach einer Mitteilung des Postministers im Hauptausschuß des Reichstages soll die Fernbriefgebühr auf 4 Mark erhöht werden.
- \* Frankreich und Belgien haben den Anspruch Amerikas auf Ersatz der Besatzungskosten in vollem Umfang gebilligt.
- \* Wegen Unstimmigkeit hinsichtlich der Lohnherabsetzung sind die Arbeiter auf allen englischen Werften in den Ausland getreten. Ebenso drohen die 300.000 Mitglieder der englischen Industriearbeitergesellschaft mit dem Streik.
- \* Lenin hat entgegen den Meldungen von seiner schweren Erkrankung, in Moskau den ersten akrobatischen Parteitag der Kommunisten mit einer Rede eröffnet.

## 248 gegen 81.

Unter Donner und Blitzen, — wenn man diese Erscheinungen der Atmosphäre auf die Entladungen der Reichstagskämpfe übertragen darf — ist am späten Donnerstagabend der Reichsregierung die Billigung ihrer Haltung gegenüber der jüngsten Note der Reparationskommission ausgesprochen worden. Man hätte meinen sollen, daß nichts einfacher gewesen wäre, als eine Übereinstimmung nahezu aller Parteien, nicht nur der Regierungsparteien, über die Notwendigkeit herbeizuführen, die neuen Forderungen der Entente, weil sie unständig, weil sie anmaßend und verderblich bringend für die ganze Welt sind, mit der größten Entschlossenheit abzuweisen. Und es wäre vielleicht auch gelungen, eine solche ideale Einmütigkeit herbeizuführen, wenn die ganze Angelegenheit sozusagen in einem Zuge durchgeführt worden wäre. Statt dessen redete man wieder einmal drei Tage lang um die Sache herum, wobei unvermeidlich auch die Unterschiede der Auffassungen im einzelnen, die allen Gegenfächlichkeiten zwischen den Parteien, ihre innere Abneigung gegen alles, was auf eine Einheitsfront hinausläuft, mehr und mehr wieder hervortrat. Bedenkllichkeiten wurden nach, Vorwürfe erhoben, Konkurrenz um Wählerstimmen aufgeschwelen, die nicht ganz und gar gefestigte Naturen ängstlich machten und die die frische Farbe der Entschlossenheit nur allzu früh dahinschwinden ließen. Und ehe man sich's versah, lag von der einen Seite ein Misstrauensantrag vor, der dann natürlich von der anderen Seite mit dem Versuch, die Regierung in gefestigter Position aus der Redeschlacht hervorgehen zu lassen, beantwortet werden mußte.

Da aber tauchten Schwierigkeiten über Schwierigkeiten auf bei dem Versuch, eine Formulierung zu finden, die für alle mehr oder weniger offen zur Regierung haltenden Parteien gleichmäßig annehmbar war. Hatte sich z. B. die Deutsche Volkspartei kürzlich dazu überwunden, dem Steuerkompromiß in allen seinen Teilen zuzustimmen, ohne um deswillen in die Regierungskoalition aufgenommen zu werden, so verweigerte sie doch ganz und gar keine Relinquenz, sich nun auch mit der „Erfüllungspolitik“ des Reichskanzlers reiflos einverstanden zu erklären. Das wäre der Fall gewesen, wenn sie einem formellen Vertrauensvotum zugestimmt hätte, das die allgemeine Geschäftsführung des Reichskanzlers deckte, während die Volkspartei nur bereit war, den Abwehrkampf der Reichsregierung gegen die neuen Bedrohungen unseres Volkes durch die Entente aus vaterländischen Gründen zu unterstützen. Ein Verlangen, das von den eigentlichen Regierungsparteien als berechtigt anerkannt wurde. So kam der Antrag März zustande, der schließlich mit überwältigender Mehrheit vom Reichstag angenommen wurde.

Leider nicht, ohne daß zuvor noch heftige Kämpfe um Änderungsanträge der Deutschnationalen Volkspartei entbrannten. Die Deutschnationalen wollten sich, wie sie erklärten, die Möglichkeit erschließen, auch ihrerseits wenigstens für denjenigen Teil des Vertrauensvotums zu stimmen, der gegen das neueste Vorgehen der Entente Verwahrung einlegte, während die ausdrückliche Billigung der dazu abgegebenen Erklärungen des Reichskanzlers von ihnen unter allen Umständen abgelehnt worden wäre. In der Deutschen Volkspartei dagegen hatte man den Eindruck, daß die Nachbarn von rechts nur darauf aus wären, die Geschlossenheit des Hintertrens derer um Stresemann für den Antrag der Regierungsparteien zu fördern, denn

nemanded konnte es verborgen bleiben, daß die Fraktion der Deutschen Volkspartei in diesem Augenblick keineswegs in vollendeter Einmütigkeit hinter ihrem Führer stand. Man fühlte sich also von einem parteiinternen Manöver bedroht und setzte sich dagegen um so schärfer zur Wehr, als man sich ringsum von schadenfrohen Gesichtern umgeben glaubte. Der Führer der Deutschen Volkspartei brachte durch eine scharfe Zurückweisung an die Adresse der äußersten Rechten die Gemüter noch mehr in Aufruhr, und so kam es zu Szenen, wie sie sonst eigentlich nur durch die bekanntesten Attoden der äußersten Linken hervorgerufen zu werden pflegen. Zum Schluß aber bekam der Reichskanzler, ohne daß er noch einmal in die Debatte eingetreten wäre, doch seine „Billigungserklärung“. Die Minderheit der 81 Abgeordneten, die dagegen stimmte, wurde aus Deutschnationalen und Kommunisten gebildet. Außerdem waren 43 Stimmenthaltungen der Unabhängigen Sozialdemokraten zu verzeichnen.

Hoffentlich wird nun auch der Streit darüber, ob dieser Reichstagsbeschluß nun wirklich ein „Vertrauensvotum“ für die Reichsregierung darstellt oder nicht, bald verfliegen. Der Beschluß wird im Auslande zweifellos als solcher verstanden — und das genügt. Für so ausgefallene parlamentarische Feinheiten wie die, welches Etiquette der Donnerstagslandung des Reichstages hinterdrein aufgesetzt werden mußte, wird man jenseits der deutschen Grenzen höchstens beschränkt Aufmerksamkeit übrig haben, zumal ungleich wichtigere Dinge auf der internationalen Tagesordnung stehen. Das wohl auch wir Deutsche nur allzu bald verspüren werden.

## Anleihe oder Zwangsmaßnahmen.

### Vorbereitung der deutschen Antwort.

Auf Grund der großen Reichstagsmehrheit, die sich für die Regierungserklärung zur Reparationsnote entschieden hat, wird die deutsche Regierung nun eine Antwort an die Reparationskommission ausarbeiten, in der die Unmöglichkeit der gegnerischen Forderungen nachgewiesen und neue Verhandlungen angebahnt werden. Der Zeitpunkt, an dem diese Antwort abgehen wird, steht noch nicht fest. Inzwischen fängt man in Paris bereits an, einige Drohungen gegen uns vom Stapel zu lassen. Nach dem „Temps“ soll die Kontrollkommission am 1. Juni ihre Tätigkeit in Deutschland aufnehmen.

### Spätestens bis 15. April

sollte auf Deutschlands Antwort gewartet und dann die Finanzkontrolle vorbereitet werden. Falls erforderlich, würden Zwangsmaßnahmen Anfang Mai eingeleitet. Bernünftiger wäre es, wenn man sich dem Plan der internationalen Anleihe widmen wollte, um das Zahlungsproblem zu lösen. Der „Temps“ verrät jetzt, der Urheber des Planes sei John Bradbury. Der Ausschuss solle den belgischen Delegierten bei der Reparationskommission de la Croix zum Vorschub haben. Es würden beigeordnet ein Vertreter der deutschen Regierung und vier finanzfachverständige Mitglieder, ein Amerikaner, ein Engländer, ein Franzose und ein Holländer (oder auch ein Schweizer). Der Gegenstand des Berichtes, den dieser Ausschuss der Reparationskommission vorlegen soll, sei in folgenden

### drei Fragen

zusammenzufassen: 1. Zu welchen Bedingungen könnte Deutschland auf den Hauptfinanzmärkten der Welt Anleihen aufnehmen, und welche Summe könnte es in vernünftiger Weise während der kommenden fünf Jahre sich verschaffen? 2. Welche Garantie könnte man den etwaigen Geldgebern anbieten, ohne die spätere Zahlung derjenigen Summen ungebührlich zu gefährden, die Deutschland als Reparationsschuld schuldet? 3. Wie müssen die Einnahmen und die anderen Mittel, die für den Dienst der Anleihen verwendet werden sollen, kontrolliert und verwaltet werden, und welche Beziehungen müssen zwischen der deutschen Regierung, den Vertretern der Geldgeber und der Reparationskommission bestehen?

### Die „Reparations-Romödie“.

Unter dieser Überschrift schreibt „Westminster Gazette“, es sei zu hoffen, daß die Alliierten versuchen würden, eine deutsche Anleihe auf dem Weltmarkt zuzulassen, die für die Bezahlung der Reparationen verwendet werden solle. Die Alliierten würden dann erkennen, was die Finanzwelt von ihren Theorien halte. Es werde jetzt zugegeben, daß es notwendig sei, dem finanziellen Zusammenbruch Einhalt zu tun.

## Ein Brief = 4 Mark.

60 Proz. Zuschlag zu den Telefongebühren. Noch ist es nicht beschlossen, aber der Postminister hat es im Hauptausschuß des Reichstages angekündigt, daß neue Gebührenerhöhungen in diesem Ausmaße notwendig sind, und so wird man wohl damit rechnen müssen, daß über kurz oder lang auch ähnliche gesetzliche Vorschriften herauskommen werden. Minister Giesberts setzte auseinander, daß die Postverwaltung von dem jährlichen Mehrbedarf der Postverwaltung infolge der Befoldungs- und Lohnerhöhungen im Rechnungsjahre 1922 500 Millionen Mark durch Mehrertrag aus den laufenden Gebühren und 500 Millionen Mark aus Ersparnissen aufbringen könne. Es bliebe dann aber immer noch

### ein mehrfaches Milliardendefizit.

Um dies auszugleichen, wäre der Brief von 2 Mark auf 3 Mark zu steigern, und es wären dementsprechend auch die übrigen Briefpostgebühren zu erhöhen. Der Briefverkehr bedürfte der Schonung, ebenso der Paketverkehr in der Nahzone. In der Fernzone dagegen müsse schon deshalb eine Steigerung eintreten, weil die Eisenbahn mit ihren Tarifen sehr stark in die Höhe geht. Beim Telegramm sei an eine Steigerung der Vortagegebühr von 1 Mark auf 1,50 Mark gedacht. Endlich sei eine

### Steigerung der Fernsprechgebühren

in dem Umfange geplant, daß zu dem jetzigen Gebührensatzschlag auf die gesetzlichen Fernsprechgebühren von 80 Prozent ein nochmaliger Zuschlag von 60 Prozent genommen werde. Im ganzen ergäbe sich hiernach eine jährliche Mehreinnahme von rund 4 Milliarden Mark. Mit den Beschlüssen des Hauptausschusses zu der neuen Befoldungsvorlage sei für die Postverwaltung aber eine „neue Situation“ geschaffen. Aus diesen Beschlüssen ergebe sich ein weiterer jährlicher Mehrbedarf von 2½ Milliarden Mark, der nur durch weitere Steigerung der geplanten Gebührenerhöhungen zu gewinnen sei. Als Ausgangspunkt für diese Steigerung habe ebenfalls wieder die Fernbriefgebühr zu dienen, und zwar müsse dann diese Gebühr statt auf 3 Mark auf 4 Mark bemessen werden. Beim Telegramm wäre eine Steigerung über den Satz von 1,50 Mark für das Wort zur Zeit nicht möglich.

## Der Friede im Orient.

Die besondere Bedeutung der Entschlüsse, welche die Außenminister der Entente über die Neuregelung der türkisch-griechischen Grenzen gefaßt haben, liegt darin, daß damit eine Revision des Friedensvertrags von Sèvres erzielt wird, der für die Türken dasselbe bedeutet wie für uns Versailles. Allerdings sind noch mancherlei Schwierig-



keiten zu überwinden. Die Franzosen möchten in dem Abkommen der Konferenz nur ein verhältnismäßig gemachtes Vermittlungsangebot erblicken. Die englische Presse aber betont, was beschlossen worden sei, stelle die breite Grundlage dar, auf der nach Ansicht der Alliierten der Friede erreichbar sei. Diese Grundlage umfasse endgültige Beschlüsse der Alliierten.